

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland

02.02.2025, Sulzbach

Umbau der Saar-Industrie

Gesellschaftliche Planung statt „ausgehende Lichter“

Die Industrie im Saarland ist trotz rückläufiger Entwicklung immer noch Kern und Rückgrat der Wirtschaft im Saarland. Droht dieses wegzubrechen, gehen im Saarland sprichwörtlich „die Lichter aus“.

Die saarländische Landesregierung ist für die Erhaltung der Industriearbeitsplätze angetreten und steht jetzt ziemlich rat- und machtlos dar. Nach den Rückschlägen bei den Ansiedlungsplänen von S-Volt und Wolfspeed und dem Abwracken von Ford – bis auf einen kläglichen Rest von 1.000 Arbeitsplätzen - bedeutet der angekündigte Stellenabbau bei ZF ein harter Schlag für die Beschäftigten und die Wirtschaft im Saarland. Stellenabbau gibt es auch bei Bosch, Schaeffler, Eberspächer, Michelin, Voit, Kranbauer Tadano und anderen.

Neben der weltweiten Krise und der Konkurrenz auf dem Automarkt haben die Herausforderungen durch die Transformation ihre Auswirkungen vor allem auf die Automobilzulieferer.

Jetzt wollen sich die Unternehmen die Kosten für die Transformation durch Opfer der Belegschaften und bessere Rahmenbedingungen und Steuergeldern durch die Politik bezahlen lassen. Die Milliardengewinne der letzten Jahrzehnte sind natürlich längst privatisiert.

Die Transformation, die insbesondere in der Automobilindustrie vonstattengeht und die Digitalisierung vernichten gut bezahlte Industriearbeitsplätze, für die nach jetzigem Stand kein adäquater Ersatz vorhanden ist. Der Dienstleistungssektor im Saarland ist überwiegend auf die großen Industrien ausgerichtet und zeichnet sich ansonsten vor allem durch „Billig- bzw. 550 € Jobs“ zum Beispiel im Reinigungs- und Securitygewerbe aus.

Die Landesregierung bietet möglichen Investoren Steuergelder an, um das Schlimmste zu verhindern. Mit dem Transformationsfond von 3 Mrd. Euro hat sie sich ein Instrument geschaffen, um den Strukturwandel zu unterstützen. Sie muss aber feststellen: Allein diese Finanzreserve reicht nicht. Die großen Unternehmen suchen und finden häufig bessere Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital, als sie es im Saarland vorfinden, siehe S-Volt in Ungarn.

Allein das Bauen auf die großen Investoren reicht nicht aus, um das Land aus der einseitigen Abhängigkeit von der Automobilindustrie und seiner Rolle als „verlängerte Werkbank“ herauszubringen.

Als positives Beispiel ist das Programm von Saarstahl und Dillinger zur Umstellung auf grüne Stahlproduktion zu nennen. Für den großen Automobilssektor im Saarland gibt es keine Umbaukonzepte, Überlegungen für alternative Produkte oder Verwendungen der Bauteile liegen so gut wie nicht vor, in den Unternehmenszentralen spielen diese höchsten eine Rolle am Rande. Ob die vom Pharma-Konzern Vetter versprochenen 2.000 Arbeitsplätze realisiert werden, wird sich noch erweisen müssen. Die Versäumnisse müssen die Belegschaften ausbaden.

Das konservative und rechtsliberale Lager gibt dem Druck von Seiten der AFD und „fossiler Kapitalkreise“ nach und betreibt ein Rollback in der Klimapolitik. Überbordende Auflagen für die Unternehmen, Anforderung an die Transformation und steigende Energiepreise seien schuld an der Krise. Die Klimakrise wird, wenn nicht gelehnet, so doch stark relativiert. Gesicherte

Erkenntnisse der Wissenschaft und internationaler Organisationen zum Klimawandel werden ignoriert.

Für das Kappen der Gasnetze aus Russland haben, Merz, Lindner, Scholz und Co. applaudiert. Dafür bezahlen die Verbraucher nun dreckiges „Fracking-Gas“ aus den USA. Atomkraftwerke sollen wieder ans Netz, der Verbrenner noch lange bleiben und der Windparkausbau gestoppt werden. Nun stellt der CDU-Vorsitzende Merz den grünen Stahl in Frage. Damit wird das von der saarländischen Landesregierung, der IG Metall, der Unternehmensführung von Dillinger /Saarstahl und deren Belegschaften geforderte Konzept zur Umstellung auf „grünen“ Stahl – entscheidend für die Weiterexistenz der Saalhütten – in Frage gestellt. Dieses Konzept für die Zukunft einer Schlüsselindustrie im Saarland wird von der Unternehmensspitze, Belegschaften und Gewerkschaft und der Landesregierung mitgetragen, mit bereits bewilligten Fördergeldern von EU, Bund und Land.

Der Banken-Lobbyist und „BlackRock“ Mann, Friedrich Merz „qualifiziert“ sich einmal mehr als Kanzlerkandidat des Casino-Kapitals.

Ohne den sozial-ökologischen Umbau hat die saarländische Industrie langfristig keine Überlebenschance. Das haben auch die saarländischen Beschäftigten erkannt, 60 Prozent von ihnen sehen Chancen für Arbeitsplätze durch klimafreundliche Geschäftsmodelle, wie eine repräsentative Beschäftigtenbefragung der Arbeitskammer ergab. Bereits 2020 haben die Stahlarbeiter bei ihrem „Walk of Steel“ die Kommissare in Brüssel aufgemischt und deutlich gemacht: wir kämpfen um die Arbeitsplätze, wir wollen uns den Herausforderungen für den Umbau der Produktionsgrundlagen stellen und damit um die Zukunft unserer Branche kämpfen.

Die DKP Saarland erneuert ihren Vorschlag nach einem umfassenden Entwicklungs- und Handlungskonzept für den Transformationsprozess durch die Landesregierung.

Wir fordern die umfassende Mitbestimmung der Betriebsräte bei Investitionsentscheidungen auf Unternehmens- und Betriebsebene.

Regionale Transformationsräte sollen gebildet werden, in den die vielfältigen Kompetenzen aus den Betrieben und Kommunen, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Organisationen gebündelt werden.

Zu ihren Aufgaben gehört die Entwicklung von Ideen und Konzepten zum Ausbau einer sozialen und ökologischen Infrastruktur:

Stärkung des Sozialen Wohnungsbaus, Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum;

neue Verkehrskonzepte, die über die E-Mobilität hinausgehen, Ausbau von Bahn und Busverkehr, Null-Euro-Ticket für den Nahverkehr;

alternative Produkte und Produktlinien in Bereichen, deren Herstellungsprozess durch die Transformation auslaufen wird;

Materielle und personelle Investitionen in Erziehung und Bildung mit neuen modernen Konzepten, Bildung für alle.

Zur Bekämpfung der Notstände im Gesundheitswesen Aufbau von öffentlichen Gesundheitszentren unter demokratischer Kontrolle, die der Profitmacherei und damit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen Einhalt gebieten.

Nicht zuletzt fordern wir hier und jetzt:

Umverteilung des Reichtums von oben nach unten durch Einführung einer Millionärssteuer auf Vermögen, Erbschaften und Spitzeneinkommen.

Sofortige Auszahlung des Klimageldes, um die Nachteile durch die CO2-Bepreisung für einkommensschwächere Haushalte auch vor dem Hintergrund der andauernden Inflation auszugleichen. Endlich muss auch der von der Bundesregierung zugesagte Inflationsausgleich für die Rentner ausgezahlt werden!

Die DKP ist solidarisch mit den um ihre Arbeitsplätze und Löhne kämpfenden Belegschaften.

Mit der Herausgabe von zwei Ausgaben des Saarlandreports im Jahr 2025 wollen wir den Beschäftigten der saarländischen Großbetriebe die Argumente und die Solidarität der Kommunistinnen und Kommunisten überbringen.